

Gesetzlicher Nichtraucherschutz wirkt: Eine Bewertung der bisherigen wissenschaftlichen Evidenz zur Wirksamkeit von Rauchverböten

Prof. Dr. Paolo Boffetta, International Agency for Research on Cancer, Lyon, France

Hintergrund

Maßnahmen zum Nichtraucherschutz reduzieren die Belastung durch Tabakrauch und motivieren Raucher zum Rauchstopp, wie ein Expertenpanel im Fachjournal „The Lancet Oncology“ berichtet (*Pierce J, Leon M, on behalf of the IARC Handbook Volume 13 Working Group and IARC Secretariat (2008) Special report: policy. Effectiveness of smoke-free policies. The Lancet Oncology, 9, 614–615*).

Im Frühjahr 2008 überprüfte eine Arbeitsgruppe von 17 Wissenschaftlern aus neun Ländern¹ beim internationalen Krebsforschungszentrum in Lyon (International Agency for Research on Cancer, IARC) die Wirksamkeit von Rauchverböten. Und zwar hinsichtlich der Belastung durch Tabakrauch in der Bevölkerung, des Rauchverhaltens und des gesundheitlichen Nutzens. Die Expertengruppe bewertete über 900 internationale Studien zur Wirkung von Rauchverböten, die in wissenschaftlichen Fachjournalen, deren Artikel durch unabhängige Wissenschaftler begutachtet werden (peer review), oder als Regierungsberichte veröffentlicht wurden. Dazu gehören Studien zu Rauchverböten an verschiedenen Orten (am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit, in der Gastronomie usw.), zur Einstellung der Bevölkerung zu derartigen Regelungen, zur Einhaltung der Rauchverböte und zur Wirkung von Rauchverböten auf das Rauchverhalten und die Belastung durch Tabakrauch (Passivrauchen). Als eine erste Zusammenfassung wurden im Juli 2008 in „The Lancet Oncology“ vorab 11 schlussfolgernde Feststellungen veröffentlicht; der vollständige Report (*IARC. IARC handbooks of cancer prevention: tobacco control. Volume 13. Evaluating the effectiveness of smoke-free policies. Lyon, France: International Agency for Research on Cancer, in press*) soll 2009 publiziert werden. Im Folgenden werden diejenigen Feststellungen, die sich mit der Wirksamkeit gesetzlicher Rauchverböte befassen, sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen der Expertengruppe wiedergegeben. Diese deutsche Zusammenfassung des Artikels wurde von Paolo Boffetta als deutsch sprechendem Wissenschaftler aufgrund seiner Position im Sekretariat der IARC-Expertengruppe autorisiert.

Exposition mit Tabakrauch (Passivrauchen)

Die Auswirkung von gesetzlichen Rauchverböten auf die Exposition mit Tabakrauch kann auf verschiedene Weise bewertet werden, beispielsweise anhand der Veränderung des Spiegels von Nikotin-Abbauprodukten im Blut von Nichtrauchern. Die Studien zur Exposition mit Tabakrauch zeigen übereinstimmend, dass gesetzliche Regelungen die Exposition an Orten mit hoher Tabakrauchbelastung um 80 bis 90 Prozent reduzieren können. Generell können gesetzliche Rauchverböte die Exposition bei Nichtrauchern um bis zu 40 Prozent reduzieren,

wobei eine solche Absenkung auch langfristig bestehen bleiben kann. Entgegen vieler Befürchtungen erhöhen Rauchverböte für den öffentlichen Raum nicht die Exposition mit Tabakrauch im privaten Raum.

Feststellung der Expertengruppe:

Es gibt ausreichend Belege* dafür, dass gesetzliche Rauchverböte die Passivrauchexposition senken.

Rauchfreie Arbeitsplätze und Zigarettenkonsum

Studien zur Auswirkung rauchfreier Arbeitsplätze auf den Zigarettenkonsum der davon betroffenen Mitarbeiter legen nahe, dass der Zigarettenkonsum infolge rauchfreier Arbeitsplätze bei den betroffenen Rauchern um 2 bis 4 Zigaretten pro Tag sinkt. Ob diese Abnahme ausreicht, um die Tabakabhängigkeit zu verringern und die Wahrscheinlichkeit für einen Rauchstopp zu erhöhen, ist bislang unklar, aber es gibt zumindest einige Belege dafür, dass eine Reduktion des Tabakkonsums die Wahrscheinlichkeit eines Rauchstopps in der Zukunft erhöhen kann.

Feststellung der Expertengruppe:

Es gibt ausreichend Belege dafür, dass rauchfreie Arbeitsplätze den Zigarettenkonsum bei den betroffenen Rauchern senken.

Rauchfreie Arbeitsplätze und Anteil der Raucher

Bevölkerungsstudien zur Auswirkung von rauchfreien Arbeitsplätzen auf das Rauchverhalten zeigen übereinstimmend, dass an rauchfreien Arbeitsplätzen der Prozentanteil von Rauchern geringer ist und dass dort mehr Raucher mit dem Rauchen aufhören. Partielle Rauchverböte am Arbeitsplatz sind weniger wirkungsvoll als umfassende Verböte.

Feststellung der Expertengruppe:

Es gibt starke Belege** dafür, dass rauchfreie Arbeitsplätze die Raucherquote bei Erwachsenen senken.

¹ Arbeitsgruppe der IARC:

M Scollo (Australien; bei Meeting nicht anwesend), G Invernizzi (Italien), N Wilson, A Woodward (Neuseeland), K Lund (Norwegen), K Przewozniak (Polen), E Fernández (Spanien), D Bettcher, A Peruga (Schweiz), S Haw (Großbritannien), F Chaloupka, R Daynard, E Gilpin, A Hyland (bei Meeting nicht anwesend), J Ibrahim, J Pierce (Vorsitzender) J Samet (USA)
IARC Sekretariat:
P Boffetta, E Couto, F Giannandrea, M E Léon (Frankreich)

* Es gibt ausreichende Belege bedeutet, dass der Zusammenhang als kausal bewertet wurde (= „sufficient evidence“).

** Es gibt starke Belege bedeutet, dass der Zusammenhang konsistent ist, die Nachweise für einen Kausalzusammenhang jedoch begrenzt sind (= „strong evidence“).

Rauchverbote am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit und Tabakkonsum Jugendlicher

Umfang und Stärke von Rauchverboten in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz stehen in Zusammenhang mit einem geringeren Tabakkonsum bei Jugendlichen. Als Ursache wird vermutet, dass weniger Gelegenheit zum Rauchen und damit auch eine geringere Wahrscheinlichkeit zur Entwicklung einer Abhängigkeit besteht, wenn derartige gesetzliche Regelungen in Kraft sind.

Feststellung der Expertengruppe:

Starke Belege legen nahe, dass Rauchverbote am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit den Tabakkonsum Jugendlicher senken.

Wirtschaftliche Auswirkungen auf die Gastronomie

Die überwiegende Mehrheit wissenschaftlicher Studien zeigt, dass umfassende Rauchverbote keine negativen ökonomischen Auswirkungen auf die Gastronomie haben. Demgegenüber wirken sie sich positiv auf die Gesundheit und die Produktivität der Angestellten aus und sie reduzieren die Betriebskosten (Instandhaltung, Reinigung, Versicherung).

Feststellung der Expertengruppe:

Es gibt ausreichend Belege dafür, dass Rauchverbote die Konjunktur der speise- und getränkegeprägten Gastronomie nicht verschlechtern.

Gesundheitliche Auswirkungen: Akute Atemwegsbeschwerden

Zahlreiche Studien belegen eine schnelle Verbesserung akuter Atemwegsbeschwerden (pfeifender Atem und Husten) sowie von Reizungen des Atemtrakts und der Augen. Insbesondere Mitarbeiter von Gastronomiebetrieben haben von Rauchverboten profitiert.

Feststellung der Expertengruppe:

Es gibt ausreichend Belege dafür, dass durch die Einführung rauchfreier Arbeitsplätze Atemwegsbeschwerden bei den Beschäftigten abnehmen.

Gesundheitliche Auswirkungen: Herz-Kreislauferkrankungen

Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass innerhalb des ersten Jahres nach der Einführung von Gesetzen für rauchfreie Arbeitsplätze eine Abnahme der Krankenhauseinlieferungen wegen akuter koronarer Ereignisse (wie u.a. Herzinfarkte) um 10 bis 20 Prozent erfolgt. Inwieweit dies auf einen Rückgang des Passivrauchens in der nichtrauchenden Bevölkerung oder auf einen reduzierten Tabakkonsum bei den Rauchern zurückzuführen ist, ist bislang nicht geklärt.

Feststellung der Expertengruppe:

Starke Belege legen nahe, dass die Einführung gesetzlicher Regelungen zum Nichtraucherenschutz die Zahl der Herzkrankheiten reduziert.

Gesundheitliche Auswirkungen: Lungenkrebs

Von der Exposition gegenüber einer krebserzeugenden Substanz (Karzinogen) bis zu einer Erkrankung an Lungenkrebs kann es 20 Jahre und länger dauern. Da die meisten Rauchverbote erst seit einem kürzeren Zeitraum in Kraft sind und zudem bevölkerungsbasierte Register zu Krebserkrankungen und Krebssterblichkeit häufig keine Daten zum Rauchverhalten beinhalten, sind Studien zur Wirkung gesetzlicher Rauchverbote auf die Lungenkrebszahlen aus methodischen Gründen vorerst nicht möglich.

Feststellung der Expertengruppe:

Angeht es um den langen Zeitabstand zwischen einer Passivrauchexposition und einer Entwicklung von Lungenkrebs, gibt es bislang keine Daten zur Entwicklung der Lungenkrebszahlen infolge der Einführung gesetzlicher Rauchverbote.

Empfehlung der Expertengruppe

Aufgrund der vorliegenden wissenschaftlichen Studien empfiehlt die Expertengruppe, dass die Regierungen gesetzliche Regelungen zum Nichtraucherenschutz einführen sollten, die Artikel 8 (Schutz vor Passivrauchen) des Rahmenabkommens der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (Framework Convention on Tobacco Control, FCTC) entsprechen. Mit der FCTC hat die WHO die Grundlage für eine wirksame Strategie der Tabakkontrolle geschaffen. Artikel 8 der FCTC besagt: „(1) Die Vertragsparteien erkennen an, dass wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig bewiesen haben, dass Passivrauchen Tod, Krankheit und Invalidität verursacht. (2) Jede Vertragspartei beschließt in Bereichen bestehender innerstaatlicher Zuständigkeit nach innerstaatlichem Recht wirksame gesetzgeberische, vollziehende, administrative und/oder sonstige Maßnahmen zum Schutz vor Passivrauchen am Arbeitsplatz in geschlossenen Räumen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an geschlossenen öffentlichen Orten und gegebenenfalls an sonstigen öffentlichen Orten, führt solche Maßnahmen durch und setzt sich auf anderen Zuständigkeitsebenen aktiv für die Annahme und Durchführung solcher Maßnahmen ein.“

Diese Maßnahmen schützen nicht nur die Gesundheit von Nichtrauchern, indem sie die Exposition mit Tabakrauch senken, sondern sie wirken sich auch auf das Rauchverhalten und damit auf die Gesundheit der Raucher aus. Der gesundheitliche Nutzen von gesetzlichen Rauchverboten ist größer, wenn sie im Rahmen einer umfassenden Tabakkontrollstrategie, die alle Vorgaben der FCTC umsetzt, eingeführt werden.

Feststellung der Arbeitsgruppe:

Auf Grundlage der begutachteten empirischen Evidenz ist die Einführung von gesetzlichen Regelungen zum Nichtrauchererschutz zu empfehlen, und zwar im Rahmen einer umfassenden Tabakkontrollstrategie, die alle Vorgaben der FCTC umsetzt.

Impressum

© 2008 Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg

Autoren: Prof. Dr. Paolo Boffetta, Dr. Katrin Schaller, Ute Mons, M.A.

Das DKFZ dankt Dr. John Pierce und Dr. María León sowie The Lancet Oncology für die Genehmigung zu dieser deutschsprachigen Publikation. Wir danken außerdem PD Dr. Kurt Straif für die Durchsicht des Textes.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martina Pötschke-Langer
Deutsches Krebsforschungszentrum

Stabsstelle Krebsprävention und WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle
Im Neuenheimer Feld 280
69120 Heidelberg
Fax: 06221 – 42 30 20
E-mail: who-cc@dkfz.de

Zitierweise:

Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.):
Gesetzlicher Nichtraucherenschutz wirkt: Eine Bewertung der bisherigen wissenschaftlichen Evidenz zur Wirksamkeit von Rauchverboten
Heidelberg, 2008